



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
Postfach 103439 • 70029 Stuttgart

Elektronischer Versand:

An alle Stromnetzbetreiber in der Zuständigkeit
der Landesregulierungsbehörde Baden-
Württemberg

nachrichtlich:

VfEW Baden-Württemberg e.V.
VkU Landesgruppe Baden-Württemberg
BNetzA

Stuttgart 09.07.2013

Name v. Fritsch

Durchwahl 0711 126-1240

E-Mail Tho-
mas.FreiherrvonFritsch@um.bwl.
de

Aktenzeichen 4-4455.3

(Bitte bei Antwort angeben!)

Rundschreiben 2013-2 (EEG-Einspeisung)

Geltendmachung von Kosten für Einspeisemanagement und Abrechnung Informationsschuld gegenüber EEG-Einspeisern Mitteilung und Darstellung von EEG-Entgelten im Regulierungskonto

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Behandlung von Einspeisevorgängen seitens der Netzbetreiber ist verbreitet anzutreffen, dass Netzbetreiber

- inzwischen, beispielsweise nach Inkrafttreten von § 6 EEG n.F., beim EEG-Einspeiseanlagebetreiber sog. Vergütungen für das Einspeisemanagement erheben,
- zudem beim Einspeiser sog. Abrechnungsentgelte, meist monatlich in Höhe der veröffentlichten Abrechnungsentgelte für Ausspeisenzähler verlangen und sich teilweise auf installierte Zweirichtungszähler berufen,
- EEG-Einspeiseabrechnungen sich vergüten lassen, ohne ausdrücklich und in Kenntnis der rechtlichen Zusammenhänge vom Einspeiser beauftragt zu sein und

- unpräzise Angaben über die vereinnahmten EEG-Mess-/Abrechnungsentgelte in den Erhebungsbögen machen.

Zudem ist festzustellen, dass die Höhe der von Einspeisern verlangten Entgelte für MSB und MDL, auch bei der Abrechnung (soweit überhaupt zulässig), im Lande erheblich schwanken, auch zwischen in etwa vergleichbaren Netzbetreibern.

Dies zum Anlass nehmend möchte die Landesregulierungsbehörde Baden-Württemberg (LRegB) zur Vermeidung von streitigen Auseinandersetzungen, eventuellen Rückzahlungspflichten oder gar Missbrauchsverfahren nach §§ 30, 31 EnWG auf ihre Einschätzung der aktuellen Rechtslage einschließlich der Entscheidung des BGH, Beschluss vom 25.02.2013 Az. EnVR 10/12 (Stw. Gaggenau), hinweisen:

1. Der Einspeiser kann sich bezüglich Messstellenbetrieb (MSB) und Messdienstleistung (MDL) auch fachkundiger Dritter bedienen. Hinsichtlich der Abrechnung der von ihm an den NB übergebenen elektrischen Arbeit rechnet grundsätzlich er als „Unternehmer“ mit dem NB ab, nicht umgekehrt. Bei Einspeisern, unbeschadet der Frage ob mit/ohne Zweirichtungszähler, dürfen ohne ausdrücklich Vereinbarung für den Hauptvorgang „Einspeisung“ keine Abrechnungskosten geltend gemacht werden. Selbst wenn wegen des Zweirichtungszählers eine „Entnahmestelle“ anzunehmen wäre, dürfte wohl ein Abrechnungsentgelt von z.B. 96 €/a jährlich (bei monatlicher Abrechnung) wegen den sehr wenigen ausgespeisten (aber dann saldierten Kilowattstunden) kaum angemessen sein, d.h. hier kann grundsätzlich nur maximal das jährliche Abrechnungsentgelt für eine Entnahmestelle abgerechnet werden.

Die LRegB sieht ohne ausdrückliche Vereinbarung zwischen Einspeiser und aufnehmenden Netzbetreiber keine Rechtsgrundlage für die Erhebung von Abrechnungsentgelten. Dabei muss bei Abschluss einer solchen Vereinbarung dem Einspeiser klar sein oder notfalls vom NB erläutert werden, dass für ihn keine Verpflichtung besteht, die Abrechnung seitens des NB Netzbetreibers entgeltlich vornehmen zu lassen, auch wenn es für den Netzbetreiber regelmäßig „praktischer“ ist, die „Abrechnung“ seinerseits durchzuführen.

Es empfiehlt sich, im Preisblatt einen Hinweis aufzunehmen, dass „eine Abrechnung der EEG-Einspeisung seitens des Netzbetreibers gegen Entgelt monatlich oder in anderen Zeitintervallen, auch jährlich, vereinbart werden kann“. Weiter

empfiehlt es sich, ein ggü. der Ausspeiseabrechnung niedrigeres Abrechnungsentgelt zu erheben, schon weil i.d.R. bei Berechnung angemessener Abschläge das Inkassorisiko deutlich niedriger ist und die Abrechnung dann eher dem NB überantwortet werden wird. Bei Zweirichtungszähler wird nicht beanstandet, wenn jährlich maximal ein Abrechnungsentgelt bis 8 €/a erhoben wird, auch bei monatlicher o.ä. Abrechnungsweise.

2. Kosten für das Einspeisemanagement sind allgemeine Netzkosten, die Netzbetreiber dürfen insoweit im Regelfall keine Entgelte vom Einspeiser verlangen.
3. Die Preise/Entgelte für MSB, und MDL und Abrechnung (falls zulässig) müssen der Höhe nach angemessen sein.
4. Im Erhebungsbogen „Kostenprüfung“ sind vereinnahmte EEG-Mess- oder Abrechnungsentgelte in die Zeilen 1.1.3 bis 1.1.5 (Erlöse aus MSB, MDL, Abrechnung) einzutragen. Im Erhebungsbogen „Regulierungskonto“ (Erhebungsbogen gemäß § 28 Nr. 2 ARegV) sind sie unter „sonstige Entgelte“ einzutragen (genau bezeichnet mit Entgelte aus EEG-MSB, /MDL, Abrechnung). Sofern dies bislang nicht der Fall ist, sollten die NB alsbald korrigierte Erhebungsbögen nachreichen.

Soweit Entgelte bei Einspeisern dem Grund nach oder der Höhe nach zu Unrecht erhoben worden sind, ist nicht auszuschließen, dass Einspeiser zivilrechtlich Rückforderungsverlangen stellen werden. Eine regulatorische Rückabwicklung kommt allenfalls bei erheblichen Beträgen und dann in Betracht, wenn diese vereinnahmten Entgelte sachgerecht in den der LRegB vorgelegten Datenmitteilungen verbucht sind.

Für Rückfragen stehen Ihnen Thomas Fritsch, Tel. 0711/126-1240 oder Dr. David Kirschner, Tel. 0711/126-1241, gern zur Verfügung.

Mit freundliche Grüßen

v. Fritsch